



## Medienmitteilung

19. Juni 2020

**Bundesrat, National- und Ständerat lehnen die extreme Unternehmens-Verantwortungs-Initiative mit Gegenvorschlag ab.**

# **IHZ lehnt das Experiment der Unternehmens-Verantwortungs-Initiative klar ab**

**Bundesrat, National- und Ständerat lehnen die extreme Unternehmens-Verantwortungs-Initiative ab, weil diese ihr Ziel verfehlt und weitreichende soziale, ökonomische, rechtliche und staatspolitische Probleme verursacht. Für die Industrie- und Handelskammer Zentralschweiz IHZ ist klar, dass die Initiative für den hiesigen Wirtschaftsstandort gefährlich ist. Gerade in der Nach-Corona-Zeit benötigen die Zentralschweizer Unternehmen Rechtssicherheit und keine Experimente.**

Heute hat das Parlament einem griffigen indirekten Gegenvorschlag zugestimmt. Dieser schafft strengere Vorgaben für Unternehmen zur Respektierung von Menschenrechten und Umwelt in der Lieferkette als heute. Im Vergleich zur Initiative schützt der Gegenvorschlag die Unternehmen aber vor missbräuchlichen und erpresserischen Klagen.

Dementsprechend lehnen Bundesrat und Parlament die extreme Unternehmens-Verantwortungs-Initiative ab und empfehlen den Stimmberechtigten ein Nein. Die IHZ hat sich seit drei Jahren intensiv mit dem Thema beschäftigt und freut sich über dieses wichtige Signal, denn die Volksinitiative «für verantwortungsvolle Unternehmen» verfehlt ihr Ziel und würde gerade für die durch Corona geschwächte Wirtschaft eine unverhältnismässige Mehrbelastung für die Zentralschweizer Unternehmen bedeuten. Jetzt ist weder die Zeit für einen Schweizer Alleingang noch für ein gefährliches Experiment für unseren Standort.

### **Die Initiative ist der falsche Weg**

Das Grundanliegen der Initianten teilen auch die Unternehmer aus der Zentralschweiz, doch die Volksinitiative setzt auf einen falschen Weg, um soziale oder ökologische Fortschritte zu erreichen. «Die Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen liegt in der partnerschaftlichen Zusammenarbeit von Unternehmen, Staat und NGOs. Die Initiative hingegen verkennt die Komplexität der internationalen Wirtschaft gerade in Schwellen- und Entwicklungsländern und führt dazu, dass die neuen Auflagen und sämtliche Haftungsrisiken vertraglich an Lieferanten delegiert werden», meint IHZ-Direktor Adrian Derungs zur Initiative. Er führt weiter aus, dass die eindimensionale Verrechtlichung die Entwicklung und den Fortschritt behindere und in eine Sackgasse führe. Dem eigentlichen Ziel der Initiative werde so mehr geschadet als genützt.

### **Entschlossene Abstimmungskampagne**

Am 29. November 2020 wird die Bevölkerung aller Voraussicht nach über die Unternehmens-Verantwortungs-Initiative abstimmen. Die IHZ wird sich im Rahmen der NEIN-Allianz für die Interessen der Unternehmen und des Forschungs- und Arbeitsplatzes einsetzen und aufzeigen, dass die extreme Volksinitiative ein teures und gefährliches Experiment darstellt. Die Folgen der Initiative spüren in erster Linie die Arbeitnehmenden, die Konsumentinnen und Konsumenten sowie die Steuerzahlenden.

### **Kontakt Industrie- und Handelskammer Zentralschweiz IHZ**

Andreas Ruch, Präsident IHZ, 079 302 61 92, [andreas.ruch@ruch.ag](mailto:andreas.ruch@ruch.ag)

Adrian Derungs, Direktor IHZ, 078 726 89 27, [adrian.derungs@ihz.ch](mailto:adrian.derungs@ihz.ch)

Die Industrie- und Handelskammer Zentralschweiz IHZ ist eine der insgesamt 18 Industrie- und Handelskammern in der Schweiz und vertritt rund 700 Unternehmen in den Kantonen Luzern, Uri, Schwyz, Obwalden und Nidwalden.

# Grundsatzfrage: Unterschiedliche Ansätze zum besseren Schutz von Mensch und Umwelt

Weg der UNO		Weg der Initiative	
Miteinander	Wert	Gegeneinander	
Prävention	Fokus	Schaden	
Zusammenarbeit / Mediation	Methode	Klagen / Prozesse	
Betroffene	Akteure	Anwälte	
Lösungen	Ziel	Schadenersatz	
laufende Verbesserungen	Resultat	Sackgasse	

Die Unternehmens-Verantwortungs-Initiative setzt auf Konfrontation statt Dialog. Sie steht damit quer zur internationalen Entwicklung. Denn die UNO-Agenda 2030 sieht vielmehr ein stärkeres Zusammenspiel von Staaten, NGO und Unternehmen vor, um den vielfältigen Herausforderungen zu begegnen. Die Erfahrungen zeigen, dass durch partnerschaftliche Kooperationen rascher Fortschritte und nachhaltige Lösungen zum Schutz von Menschenrechten und Umwelt erreicht werden.

Grafik: economiesuisse